

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
Gesetz zur Änderung und Ergänzung straf- und strafverfahrensrechtlicher Bestimmungen (2. Strafrechtsänderungsgesetz) vom 7. April 1977 (GBl. DDR I, S. 100 ff.) Verschärfung des politischen Strafrechts; Modifizierung des Sanktionenrechts			
Präambel	Vorbemerkungen	neugefaßt	Straffung des Textes
§ 27 II	Fachärztliche Heilbehandlung zur Verhütung weiterer Rechtsverletzungen	geändert	
§ 38 I	Arten der Strafen mit Freiheitsentzug	geändert	Abschaffung der Arbeitserziehung als Strafe mit Freiheitsentzug
§ 39 V	Grundsätze der Anwendung der	geändert	
§ 42	Arbeitserziehung	aufgehoben	Abschaffung der Arbeitserziehung
§ 44 I	Strafverschärfung bei Rückfallstraf- tätern	geändert	Anpassung infolge Abschaffung der Arbeitserziehung
§ 45 VII	Strafaussetzung auf Bewährung	aufgehoben	Abschaffung der Arbeitserziehung
§ 48 I	Maßnahmen zur Wiedereingliederung	geändert	Anpassung infolge Abschaffung der Arbeitserziehung
§ 69 I	Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit Jugendlicher	geändert	Vollzug der Freiheitsstrafe an Jugendlichen generell in Jugendhäusern, nicht mehr in Jugendstrafanstalten; daher Einweisung in ein Jugendhaus als eigenständige Maßnahme entbehrlich

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 75	Einweisung in ein Jugendhaus	aufgehoben	Vollzug der Freiheitsstrafe an Jugendlichen generell in Jugendhäusern, nicht mehr in Jugendstrafanstalten; daher Einweisung in ein Jugendhaus als eigenständige Maßnahme entbehrlich
§ 77 I	Besonderheiten des Strafvollzugs an Jugendlichen	geändert	Vollzug der Freiheitsstrafe an Jugendlichen generell in Jugendhäusern, nicht mehr in Jugendstrafanstalten
§ 77 III, IV	Besonderheiten des Strafvollzugs an Jugendlichen	aufgehoben	Vollzug der Freiheitsstrafe an Jugendlichen generell in Jugendhäusern, nicht mehr in Jugendstrafanstalten
§ 78	Ausschluß der Todesstrafe	geändert	Nunmehr auch kein Ausspruch der lebenslangen Freiheitsstrafe gegen Jugendliche
§ 90	Völkerrechtswidrige Verfolgung von Bürgern der Deutschen Demokratischen Republik	neugefaßt	Strafverschärfung für Hauptverantwortliche in Grundtatbestand integriert, Vorschrift in der Formulierung etwas zurückgenommen
§ 105 II	Staatsfeindlicher Menschenhandel	eingefügt	Strafverschärfung für besonders schwere Fälle eingefügt (lebenslängliche Freiheitsstrafe)
§ 106 II	Staatsfeindliche Hetze	geändert	Anwendungsbereich der Strafverschärfung erweitert

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 139 III	Verfolgung von Beleidigungen und Verleumdungen	eingefügt	Strafverschärfung für Beleidigung bzw. Verleumdung wegen staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit
§ 174 II	Fälschung von Geldzeichen	geändert	Auch Einfuhr nachgemachter oder gefälschter Geldzeichen erfaßt
§ 191 a	Verursachung einer Umweltgefahr	eingefügt	Reaktion auf moderne Formen der Kriminalität
§ 191 b	Verursachung einer Umweltgefahr	eingefügt	Reaktion auf moderne Formen der Kriminalität
§ 214 I, II	Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit	neugefaßt	Anwendungsbereich der Vorschrift erheblich ausgeweitet (etwa Bekundung der Mißachtung der Gesetze ausreichend)
§ 215 I	Rowdytum	geändert	Verurteilung auf Bewährung möglich
§ 217 I	Zusammenrottung	geändert	Verurteilung auf Bewährung möglich
§ 217 a	Androhung von Gewaltakten und Vortäuschung einer Gemeingefahr	eingefügt	Sondertatbestand für Bombendrohungen u.ä.

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 220 I	Staatsverleumdung	neugefaßt	Vorschrift in „Öffentliche Herabwürdigung umbenannt“, Verleumdung und Beleidigung wegen staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit nunmehr von § 139 III erfaßt
§ 238 I	Verletzung von gerichtlichen Maßnahmen geändert und von Zusatzstrafen		Haftstrafe möglich
§ 249 I, III	Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten	geändert	Arbeitserziehung abgeschafft
§ 252 III	Militärstraftaten – allgemeine Bestimmungen	geändert	Strafarrest statt bis zu drei nun bis zu sechs Monaten möglich

Gesetz zur Änderung und Ergänzung straf- und strafverfahrensrechtlicher Bestimmungen und des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten (3. Strafrechtsänderungsgesetz) vom 28. Juni 1979 (GBl. DDR I, S. 139 ff.)

*Verschärfung des politischen Strafrechts*

§ 27 II	Fachärztliche Heilbehandlung zur Verhütung weiterer Rechtsverletzungen	geändert	
§ 32 II	Pflichten und Rechte der Betriebe...	geändert	

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 33 IV	Verurteilung auf Bewährung	geändert	Hinzufügung von Bewährungsauflagen (Verbot des Umgangs mit bestimmten Personen, Besuch bestimmter Orte, Besitz bzw. Verwendung bestimmter Gegenstände)
§ 35 IV	Abschluß und Widerruf der Bewährungszeit	geändert	
§ 36 II	Geldstrafe als Hauptstrafe	geändert	erhebliche Erhöhung der Sätze
§ 41	Haftstrafe	neugefaßt	
§ 44 II	Strafverschärfung bei Rückfallstraf-taten	geändert	hohe Rückfallstrafe schon bei jedem Verbrechen
§ 45 III, VI	Strafaussetzung auf Bewährung	geändert	Hinzufügung von Bewährungsauflagen (s.o.)
§ 47 II, III	Maßnahmen zur Wiedereingliederung	geändert	Hinzufügung von Auflagen (s.o.)
§ 48 III		geändert	Hinzufügung von Auflagen (s.o.)
§ 49 I	Geldstrafe als Zusatzstrafe	geändert	Beispiel gestrichen
§ 51 I, III	Aufenthaltsbeschränkung	geändert	Hinzufügung der Pflicht, sich an bestimmtem Ort aufzuhalten
§ 52 I		geändert	

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 56 V	Einziehung von Gegenständen	geändert	Definition von „Gegenständen“ erweitert (auch künftige Gewinne und andere materielle Vorteile)
§ 59	Ausweisung	neugefaßt	gegen Ausländer jederzeit Ausweisung möglich
§ 74 II, III	Jugendhaft	geändert	zulässige Dauer der Jugendhaft verlängert
§ 80	Räumliche und personelle Geltung	neugefaßt	
§ 97	Spionage	neugefaßt	erweiterter Anwendungsbereich, Vorbereitung und Versuch strafbar
§ 98		neugefaßt	
§ 99	Landesverräterische Nachrichtenübermittlung	neugefaßt	erweiterter Anwendungsbereich, erweiterter Strafrahmen
§ 100	Landesverräterische Agententätigkeit	neugefaßt	erweiterter Anwendungsbereich, erweiterter Strafrahmen
§§ 101 f.	Terror	neugefaßt	schon Ziel, Unruhe hervorzurufen, ausreichend
§ 103	Diversion	neugefaßt	Vorbereitung und Versuch strafbar

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 104	Sabotage	neugefaßt	erweiterter Anwendungsbereich (auch „Außenwirtschaftsmaßnahmen des sozialistischen Staates“), Vorbereitung und Versuch strafbar
§ 105	Staatsfeindlicher Menschenhandel	neugefaßt	Vorbereitung und Versuch strafbar
§ 106	Staatsfeindliche Hetze	neugefaßt	erweiterter Anwendungsbereich (Ziel der Schädigung bzw. Aufwiegelung nicht mehr erforderlich), erweiterter Strafraum
§ 107	Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß	neugefaßt	erweiterter Anwendungsbereich
§ 108	Staatsverbrechen, die gegen einen verbündeten Staat gerichtet sind	geändert	
§ 109	Gefährdung der internationalen Beziehungen	neugefaßt	Versuch und Vorbereitung strafbar
§ 111 II	Außergewöhnliche Strafmilderung und Absehen von Strafe	aufgehoben	Strafmilderungsmöglichkeit des geringen Tatbeitrages aufgehoben
§ 128 I	Erpressung, schwere Fälle	geändert	Hinzufügung einer schweren Eigentumsverletzung
§ 132 I, II	Menschenhandel	geändert	

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 134 II	Hausfriedensbruch	geändert	Haftstrafe eingefügt
§ 134 III	Hausfriedensbruch	eingefügt	Sondertatbestand für Botschaftsbesetzungen u.ä., Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren
§ 144 III, IV	Entführung von Kindern und Jugendlichen	geändert	Für Abs. 3 auch Vorbereitung strafbar
§ 145	Verleitung zu asozialer Lebensweise	geändert	Haft- und Geldstrafe eingefügt
§ 162	Bestrafung von Verbrechen zum Nachteil sozialistischen Eigentums	geändert	
§ 165	Vertrauensmißbrauch	neugefaßt	erhöhter Strafrahmen
§ 172 I, II, III	Unbefugte Offenbarung und Erlangung wirtschaftlicher Geheimnisse	neugefaßt	erhöhter Strafrahmen, Strafschärfung schon bei Gefahr wirtschaftlicher Nachteile
§ 182	Untreue	geändert	
§ 212 I, III	Widerstand gegen staatliche Maßnahmen	neugefaßt	erhöhter Strafrahmen
§ 213 I, II, III	Ungesetzlicher Grenzübertritt	neugefaßt	erhöhter Strafrahmen, erweiterte Strafschärfung (z. B. „mit besonderer Intensität“)
§ 214 I, II, III	Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit	neugefaßt	erhöhter Strafrahmen, erweiterter Anwendungsbereich (schon Bekundung der Mißachtung der Gesetze ausreichend), Strafmilderung beseitigt



Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 215 I, II	Rowdytum	geändert	
§ 216 I, III	Schwere Fälle	neugefaßt	erhöhter Strafrahmen
§ 217 I, II	Zusammenrottung	neugefaßt	erheblich erhöhter Strafrahmen
§ 218	Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele)	neugefaßt	erhöhter Strafrahmen (für „Rädelführer“ bis acht Jahre)
§ 219	Ungesetzliche Verbindungsaufnahme	neugefaßt	erhöhter Strafrahmen, erweiterter Anwendungsbereich
§ 220	Öffentliche Herabwürdigung	neugefaßt	erhöhter Strafrahmen
§ 225 I	Unterlassung der Anzeige	neugefaßt	erweiterter Anwendungsbereich
§ 235	Gefangenenbefreiung	neugefaßt	erhöhter Strafrahmen
§ 236 I, II	Gefangenenmeuterei	neugefaßt	Strafmilderungsmöglichkeit eingefügt
§ 245 II	Geheimnisverrat	neugefaßt	erhöhter Strafrahmen
§ 249	Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch asoziales Verhalten	neugefaßt	

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
-----------	-----------------------	------------------	---

---

Gesetz zur Änderung straf- und strafverfahrensrechtlicher Bestimmungen

(4. Strafrechtsänderungsgesetz)

vom 18. Dezember 1987 (GBl. DDR I, S. 301 f.)

Abschaffung der Todesstrafe

---

§ 60	Todesstrafe	aufgehoben	Abschaffung der Todesstrafe
§ 23 I	System der Maßnahmen	geändert	Abschaffung der Todesstrafe
§ 58 III	Aberkennung staatsbürgerlicher Rechte	geändert	Abschaffung der Todesstrafe
§ 78	Ausschluß der lebenslänglichen Freiheitsstrafe	neugefaßt	Abschaffung der Todesstrafe
§ 85	Planung und Durchführung von Aggressionshandlungen	neugefaßt	Abschaffung der Todesstrafe
§ 86 II	Vorbereitung und Durchführung von Aggressionsakten	geändert	Abschaffung der Todesstrafe
§ 91 II	Verbrechen gegen die Menschlichkeit	geändert	Abschaffung der Todesstrafe
§ 93 II	Kriegsverbrechen	geändert	Abschaffung der Todesstrafe
§ 96	Hochverrat	neugefaßt	Abschaffung der Todesstrafe
§ 97 III	Spionage	geändert	Abschaffung der Todesstrafe
§§ 101 III, 102 III	Terror	geändert	Abschaffung der Todesstrafe
§ 103 III	Diversion	geändert	Abschaffung der Todesstrafe

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 104 III	Sabotage	geändert	Abschaffung der Todesstrafe
§ 112	Mord	neugefaßt	Abschaffung der Todesstrafe
§ 283 II	Militärstraftaten: schwere und besonders schwere Fälle	geändert	Abschaffung der Todesstrafe
<p>Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Strafgesetzbuches, des Zollgesetzes, des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten, des Strafregistergesetzes, des Devisengesetzes, des Kulturgutschutzgesetzes, des Luftfahrtgesetzes und des Gesetzes über das Post- und Fernmeldewesen (5. Strafrechtsänderungsgesetz) vom 14. Dezember 1988 (GBl. DDR I, S. 335 ff.) <i>Präzisierung des Strafrechts – Reaktion auf moderne Formen der Kriminalität</i></p>			
Artikel 3	Verantwortung der staatlichen und gesellschaftlichen Organe für die Verhütung von Straftaten	neugefaßt	
Artikel 4	Schutz der Würde und der Rechte des Menschen	neugefaßt	
Artikel 7	Garantien der Gerechtigkeit und der Gesetzlichkeit in der Strafrechtsprechung	neugefaßt	
§ 2 I		neugefaßt	Vergehen als Antragsdelikte
§ 3 I		neugefaßt	

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 24 II	Wiedergutmachung des Schadens	aufgehoben	
§ 25	Absehen von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit	neugefaßt	Präzisierung der Fälle, in denen von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit abgesehen wird
§ 31 I, II	Bürgschaft	neugefaßt	
§ 39 II	Grundsätze der Anwendung der Freiheitsstrafe	neugefaßt	Freiheitsstrafe gegen Rückfallstraftäter auch bei weniger schwerwiegenden Taten
§ 44 I	Strafverschärfung bei Rückfallstraftaten	neugefaßt	
§ 44 III	Strafverschärfung bei Rückfallstraftaten	eingefügt	Straftat im jugendlichen Alter nicht für Rückfall relevant
§ 56 I-IV	Einziehung von Gegenständen	neugefaßt	
§ 80 II-IV	Räumliche und persönliche Geltung	neugefaßt	
§ 91 a	Folter	eingefügt	Erfüllung der Folterkonvention
§ 114 III	Fahrlässige Tötung	eingefügt	Absehen von Strafe möglich, wenn durch Tat naher Angehöriger getötet
§ 115 III	Vorsätzliche Körperverletzung	eingefügt	Tat gegenüber Angehörigen Antragsdelikt

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 117 a	Beteiligung an schweren Gewalttätigkeiten gegen Personen	eingefügt	Reaktion auf Skinheadszene?
§ 118 III	Fahrlässige Körperverletzung	eingefügt	Antragsdelikt
§ 130 a	Geiselnahme	eingefügt	
§ 132 II	Menschenhandel	neugefaßt	
§ 135 II	Verletzung des Briefgeheimnisses	eingefügt	Antragsdelikt
§ 136	Verletzung des Berufsgeheimnisses	eingefügt	Antragsdelikt
§ 136 a	Verletzung der Rechte an persönlichen Daten	eingefügt	Reaktion auf moderne Formen der Kriminalität
§ 139 IV	Verfolgung von Beleidigungen und Verleumdungen	eingefügt	Antragsdelikt
§ 148 II	Sexueller Mißbrauch von Kindern	geändert	Strafraahmen gesenkt
§§ 149, 150	Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen	neugefaßt	
§ 151	Sexueller Mißbrauch von Jugendlichen	aufgehoben	
§ 161 b	Mißbrauch der Datenverarbeitung zum Nachteil sozialistischen Eigentums	eingefügt	Reaktion auf moderne Formen der Kriminalität
§ 162 I Nr. 4	Bestrafung von Verbrechen zum Nachteil aufgehoben sozialistischen Eigentums		
§ 164	Schwere Fälle der Beschädigung sozialistischen Eigentums	neugefaßt	Vorschrift präzisiert

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 165 II	Vertrauensmißbrauch	geändert	Strafrahmen gesenkt
§ 166 I, II	Wirtschaftsschädigung	neugefaßt	Computerkriminalität berücksichtigt
§ 167		neugefaßt	Computerkriminalität berücksichtigt
§ 168	Schädigung des Tierbestandes	neugefaßt	Schwere Fälle eingefügt
§ 169	Wirtschafts- und Entwicklungsrisiko	neugefaßt	Vorschrift präzisiert
§ 170 III	Verletzung der Preisbestimmungen	geändert	Strafrahmen gesenkt
§ 171	Falschmeldung und Vorteilerschleichung	neugefaßt	Vorschrift präzisiert
§ 172	Unbefugte Offenbarung und Erlangung wirtschaftlicher Geheimnisse	aufgehoben	
§ 173	Spekulation	neugefaßt	Vorschrift präzisiert
§ 174 III	Fälschung von Geldzeichen	geändert	Strafrahmen gesenkt
§ 174 V	Fälschung von Geldzeichen	neugefaßt	Geld- und Kreditkarten miterfaßt
§ 175	Bereitstellung von Fälschungsmitteln	geändert	
§ 180 II	Bestrafung von Vergehen zum Nachteil persönlichen oder privaten Eigentums	eingefügt	Antragsdelikt
§ 180 a	Mißbrauch der Datenverarbeitung zum Nachteil persönlichen oder privaten Eigentums	eingefügt	Reaktion auf Computerkriminalität

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 181 I	Bestrafung von schweren Fällen des Diebstahls, des Betrugs und des Mißbrauchs der Datenverarbeitung zum Nachteil persönlichen oder privaten Eigentums	neugefaßt	Reaktion auf Computerkriminalität
§ 183 III	Vorsätzliche Sachbeschädigung	eingefügt	Antragsdelikt
§ 184	Bestrafung von schweren Fällen der Sachbeschädigung	neugefaßt	Aufhebung der bisherigen Beispiele
§ 185 I, III	Brandstiftung	neugefaßt	erweiterter Anwendungsbereich, Vorbereitung und Versuch strafbar
§ 191a II	Verursachung einer Umweltgefahr	eingefügt	erweiterter Anwendungsbereich
§ 192	Gemeingefahr	neugefaßt	erweiterter Anwendungsbereich
§ 194	Gefährdung der Gebrauchssicherheit	neugefaßt	Geldstrafe eingefügt
§ 196 IV	Herbeiführung eines schweren Verkehrsunfalls	eingefügt	Möglichkeit des Absehens von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit, wenn Angehörige geschädigt
§ 197 a	Entführung von Schiffen	eingefügt	
§ 201 IV	Unbefugte Benutzung von Fahrzeugen	eingefügt	Antragsdelikt

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 221 a	Angriff auf völkerrechtlich geschützte eingefügt Personen		
§ 241 a	Fälschung oder Vernichtung beweis- erheblicher Daten	eingefügt	Reaktion auf Computerkriminalität
§§ 245 f.	Geheimnisverrat	neugefaßt	erweiterter Anwendungsbereich, erhöhter Strafrahmen
§ 246 a	Rechtswidriger Zugriff zu Daten	eingefügt	Reaktion auf Computerkriminalität
§ 247	Bestechlichkeit	neugefaßt	erweiterter Anwendungsbereich, erhöhter Strafrahmen
§ 247 a	Bestechung	eingefügt	
§ 248	Vorteilsannahme	neugefaßt	Vorschrift präzisiert
§ 249 IV	Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten	aufgehoben	
§ 249 a	Unzulässige Glücksspiele und Wetten	eingefügt	Reaktion auf neue Formen der Kriminalität (Anmerkung: vorher wurde unerlaubtes Glücksspiel mit Hilfe des § 249 geahndet)
§ 272	Verrat militärischer Geheimnisse	aufgehoben	



Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§§ 174 I, 188 II, 193 II, 195 I, 206 I, 207 I, 227 I, 33 II, 234 II, 212 I	diverse Vorschriften	geändert	zusätzlich Geldstrafe
<p>Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch und zur Strafprozeßordnung, des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten, des Strafregistergesetzes, des Strafvollzugsgesetzes und des Paßgesetzes (6. Strafrechtsänderungsgesetz) vom 29. Juni 1990 (GBl. DDR I, S. 526 ff.)</p> <p><i>DDR-Strafrecht nach der Wende – Vorbereitungen im Hinblick auf die Währungsunion mit der BRD</i></p>			
Präambel	Vorbemerkungen	gestrichen	
Artikel 1–8	Grundsätze des sozialistischen Strafrechts der DDR	gestrichen	
§ 1 II, III	Straftaten und Verfehlungen	geändert	Bezüge zum Sozialismus entfernt

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 17 I	Notwehr	neugefaßt	sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung als notwehrfähiges Gut abgeschafft
§ 18 I	Notstand	neugefaßt	sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung als notstandsfähiges Gut abgeschafft
§ 25	Absehen von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit	neugefaßt	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 26	Maßnahmen zur Verhütung weiterer Straftaten	aufgehoben	kollektive Einwirkung zur Erziehung des Täters abgeschafft
§ 27 II	Fachärztliche Heilbehandlung zur Verhütung weiterer Rechtsverletzungen	aufgehoben	Verstoß gegen Pflicht zu fachärztlicher Behandlung kein straferschwerender Umstand mehr
§ 28 II	Voraussetzungen der Übergabe an gesellschaftliche Organe der Rechtspflege	geändert	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 28 III	Voraussetzungen der Übergabe an gesellschaftliche Organe der Rechtspflege	aufgehoben	Übergabe aus Gründen der besseren Gewährleistung der Erziehung des Rechtsverletzers gestrichen

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 29 I	Erziehungsmaßnahmen	geändert	Bezüge zum Sozialismus entfernt; Einführung der D-Mark
§ 29 II, IV	Erziehungsmaßnahmen	aufgehoben	Bestätigung von Verpflichtungen von Kollektiven bzw. Empfehlungen an diese gestrichen
§ 30 II, III	Anwendungsbereich und Zweck der Strafen ohne Freiheitsentzug	aufgehoben	Bezüge zum Sozialismus entfernt (insbesondere Zweck der „wirksamen erzieherischen Einflußnahme“)
§ 31	Bürgschaft	neugefaßt	Bezüge zum Sozialismus entfernt, Bürge kann nicht mehr Vollzug der Freiheitsstrafe beantragen
§ 32	Pflichten und Rechte der Betriebe, staatlichen Organe, Genossenschaften, gesellschaftlichen Organisationen und der Kollektive der Werktätigen	aufgehoben	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 33 IV	Verurteilung auf Bewährung	neugefaßt	Bezüge zum Sozialismus entfernt, erzieherischer Einfluß auf Rechtsverletzer zurückgenommen
§ 33 V	Verurteilung auf Bewährung	geändert	Aufenthaltsbeschränkung abgeschafft
§ 34	Verpflichtung zur Bewährung am Arbeitsplatz	aufgehoben	Bezüge zum Sozialismus entfernt

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 35 II, IV	Abschluß oder Widerruf der Bewährungszeit	neugefaßt	Bezüge zum Sozialismus entfernt, Gründe für Vollzug der angedrohten Freiheitsstrafe gestrafft
§ 35 VI	Abschluß oder Widerruf der Bewährungszeit	aufgehoben	
§ 36 I	Geldstrafe als Hauptstrafe	neugefaßt	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 36 II	Geldstrafe als Hauptstrafe	geändert	Einführung der D-Mark
§ 37 II	Öffentlicher Tadel	geändert	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 38 II	Arten der Strafen mit Freiheitsentzug	aufgehoben	Strafarrest abgeschafft
§ 39 III, IV	Grundsätze der Anwendung der Freiheitsstrafe	neugefaßt	Bezüge zum Sozialismus entfernt, besonderer Vollzug abgeschafft
§ 39 VI	Grundsätze der Anwendung der Freiheitsstrafe	aufgehoben	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 44 II	Strafverschärfung bei Rückfallstraf-taten	aufgehoben	Freiheitsstrafe nicht unter drei Jahren für Täter, die bereits wegen Verbrechens bestraft sind, abgeschafft
§ 45 I-III	Strafaussetzung auf Bewährung	neugefaßt	mögliche Bewährungszeit herabgesetzt, Bezüge zum Sozialismus entfernt, Bewährungsaufgaben vermindert (etwa keine Aufenthaltsbeschränkung)

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 45 IV	Strafaussetzung auf Bewährung	aufgehoben	Einwirkung des Kollektivs auf Rechtsverletzer gestrichen
§ 45 VI	Strafaussetzung auf Bewährung	neugefaßt	Abs. 6 wird Abs. 5; kein Widerruf der Bewährung, wenn sich Verurteilter der Einwirkung des Kollektivs entzieht
§§ 46–48	Pflichten und Rechte der Betriebe usw.; Maßnahmen zur Wiedereingliederung	aufgehoben	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 49 I, III	Geldstrafe als Zusatzstrafe	geändert	Bezüge zum Sozialismus entfernt, Einführung der D-Mark
§§ 50–52	Öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung, Aufenthaltsbeschränkung	aufgehoben	Bezüge zum Sozialismus entfernt, Aufenthaltsbeschränkung abgeschafft
§ 53 IV	Verbot bestimmter Tätigkeiten	geändert	Verweisung auf § 238 aufgehoben
§ 56 I	Einziehung von Gegenständen	geändert	Bezüge zum Sozialismus entfernt (statt „Volkseigentum“ „staatliches Eigentum“)
§ 57	Vermögenseinziehung	aufgehoben	Vermögenseinziehung abgeschafft

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 58 I, III	Aberkennung staatsbürgerlicher Rechte	geändert	Anpassung und Neuformulierung des Staatsschutzstrafrechts, keine dauernde Aberkennung bei lebenslanger Freiheitsstrafe
§ 61	Grundsätze der Strafzumessung	neugefaßt	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 69 III	Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit Jugendlicher	aufgehoben	Aufenthaltsbeschränkung abgeschafft
§ 69 IV	Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit Jugendlicher	geändert	Verweisung auf Vermögenseinziehung gestrichen
§ 70 II, III, IV	Auferlegung besonderer Pflichten durch das Gericht bei Vergehen	geändert	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 72	Verurteilung auf Bewährung	neugefaßt	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 73	Geldstrafe als Hauptstrafe	geändert	Einführung der D-Mark
§ 77 II	Besonderheiten des Strafvollzugs an Jugendlichen	geändert	Bezüge zum Sozialismus entfernt
Präambel zum 1. Kapitel des Besonderen Teils	Vorbemerkungen	gestrichen	

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 87	Anwerbung für fremde Kriegsdienste	geändert	in Überschrift „imperialistische“ durch „fremde“ ersetzt
§ 90	Völkerrechtswidrige Verfolgung von Bürgern der DDR	aufgehoben	Vorschrift Produkt der deutschen Zweistaatlichkeit
§ 92	Nationalsozialistische Propaganda, Völker- und Rassenhetze	geändert	in Überschrift „faschistische“ durch „nationalsozialistische“ ersetzt
§§ 96-111	2. Kapitel: Straftaten gegen die verfassungsmäßige Ordnung der DDR	neugefaßt	Neufassung des Staatsschutzstrafrechts, Anpassung an Verhältnisse im demokratischen Rechtsstaat
§ 123	Ausnutzung und Förderung der Prostitution	geändert	Aufenthaltsbeschränkung abgeschafft
§ 126 I	Raub	neugefaßt	Anpassung an Wortlaut des westdeutschen StGB
§ 128 I	Schwere Fälle [des Raubes]	geändert	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 135 a	Unberechtigtes Abhören	eingefügt	Reaktion auf Unwesen des MfS
§ 136a II	Verletzung der Rechte an persönlichen Daten	geändert	
§ 137	Beleidigung	neugefaßt	Bezüge zum Sozialismus entfernt, Institutionen des Staates geschützt
§ 138	Verleumdung	neugefaßt	Bezüge zum Sozialismus entfernt

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 139 II	Verfolgung von Beleidigungen und Verleumdungen	geändert	
§ 139 III	Verfolgung von Beleidigungen und Verleumdungen	aufgehoben	Sachverhalt von § 137 II erfaßt
§§ 157-182	5. Kapitel: Straftaten gegen das Eigentum und die Wirtschaft	neugefaßt	Vorschriften neugefaßt infolge der Einführung der sozialen Marktwirtschaft, teilweise Orientierung an Vorschriften des westdeutschen StGB
6. Kapitel	6. Kapitel: Straftaten gegen das persönliche und private Eigentum	aufgehoben	Einführung der sozialen Marktwirtschaft
§§ 210-224	8. Kapitel: Straftaten gegen die staatliche Ordnung	neugefaßt	Vorschriften angepaßt an Verhältnisse eines demokratischen Rechtsstaates
§ 225 I	Unterlassung der Anzeige	geändert	angepaßt an Änderungen anderer Kapitel
§ 225 III	Unterlassung der Anzeige	aufgehoben	Strafschärfung für besonders schwere Fälle gestrichen
§ 238	Beeinträchtigung richterlicher Unabhängigkeit	eingefügt	Reaktion auf Einwirkung auf Richter vor der Wende



Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 244 a	Amtsmißbrauch	eingefügt	Reaktion auf Regierungskriminalität der ehemaligen Machteliten in der DDR
§ 244 b	Straftaten in Ausübung staatlicher Tätigkeit	eingefügt	Reaktion auf Regierungskriminalität der ehemaligen Machteliten in der DDR Schaffung von Amtsdelikten
§ 244 c	Verletzung des Steuergeheimnisses	eingefügt	Reaktion auf für die DDR neue Formen der Kriminalität
§ 245 II	Geheimnisverrat	neugefaßt	Vorschrift präzisiert, Strafraumen gesenkt
§ 246	Geheimnisverrat	neugefaßt	Vorschrift präzisiert
§ 248	Bestechung	geändert	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 249	Beeinträchtigung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit durch asoziales Verhalten	aufgehoben	
§ 252	Militärstraftaten: Allgemeine Bestimmungen	aufgehoben	Abschaffung des Strafarrestes für Militärpersonen
§ 253 I	Militärstraftaten: Allgemeine Bestimmungen	aufgehoben	Bezüge zum Sozialismus entfernt
§ 253 II	Militärstraftaten: Allgemeine Bestimmungen	geändert	Bezüge zum Sozialismus entfernt

Paragraph	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung (soweit materiell relevant)
§ 254	Fahnenflucht	neugefaßt	Strafrahmen vermindert
§ 256 I	Wehrdienstentziehung und Wehrdienstverweigerung	geändert	Strafrahmen vermindert
§ 268 I	Mißbrauch der Dienstbefugnisse	geändert	Strafarrest abgeschafft

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
1	18.3.1980 1 BS 2/80	BezG Leipzig	Verbreitung von regimekritischen Flugblättern: „Bürger! Habt ihr auch richtig gewählt?!...“	§ 106 I	2 Jahre, 8 Monate	U-Haft MfS
2	28.3.1980 1 BS 7/80	BezG Leipzig	Anbringung von Parolen an öffentlichen Gebäuden: „Menschenrechte wo!“, „Erich raus“, „Wo sind unsere Menschenrechte?“ usw.	§ 106 I	3 Jahre, 6 Monate	U-Haft MfS; Tat „mit großer Intensität“ ausgeführt
3	7.4.1980 1 BS 6/80	BezG Leipzig	Nach Ablehnung von Ausreiseträgen Kontaktaufnahme zur Organisation „Hilferufe von drüben“; Brief von der Post kassiert	§ 100 I, II	2 Jahre, 2 Monate	U-Haft MfS
4	8.5.1980 1 BS 14/80	BezG Leipzig	Anbringung von Losungen an Toiletentüren („Ostzone = Scheißzone“, „DDR = Diktatur des Proletariats = sowjetische Besatzungszone = KZ“), im Betriebsgelände („Sowjets raus“, „Sowjets raus aus Afghanistan“ usw.), an ÖPNV-Wartehäuschen und Hauswände	§§ 106 I, 108, 220 I	2 Jahre, 8 Monate	U-Haft MfS; Antrag des StA wird unterboten

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
5	31.7.1980 1 BS 32/80	BezG Leipzig	Nach Ablehnung von Ausreiseträgern Brief an Pfarrer in Westdeutschland, mit der Bitte, Kontakt zur Gesellschaft für Menschenrechte in Frankfurt/M. aufzunehmen; später unmittelbar Brief an Gesellschaft geschrieben; Pfarrer wandte sich an Angeklagten, wollte Daten und Fotos. Vor Absendung des Briefes mit dem Foto wurde Angeklagter verhaftet	§ 100 I	2 Jahre	U-Haft
6	13.9.1982 1 BS 35/82	BezG Leipzig	Verbreitung von Flugblättern mit „Solidarnosc“-Aufrufen, regimekritischen Äußerungen und Kritik am Ausnahmezustand in Polen; NVA-kritische Briefe an Wehrkreiskommando Leipzig, „Leipziger Volkszeitung“ und „Junge Welt“	§ 106 I	2 Jahre, 8 Monate	U-Haft; Berufung der Angeklagten durch Beschluß des OG vom 1.11.1982 als offensichtlich unbegründet verworfen

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
7	14.2.1983 1 BS 2/83	BezG Leipzig	Nach Ablehnung eines Ausreiseantra- ges Briefe an BM für innerdeutsche Beziehungen, an UNO, WDR-Jugend- fernsehen „Alles klar“, für „Grenzopfer“ engagierten BRD-Bürger; Besuch der Ständigen Vertretung in Ost-Berlin	§§ 99 I, 100 I, 106 I	3 Jahre, 6 Monate	U-Haft MfS; Berufung des Angeklagten durch Be- schluß des OG vom
8	17.2.1983 1 BS 3/83	BezG Leipzig	Nach Ablehnung von Ausreiseanträgen Schreiben an BM für innerdeutsche Beziehungen, Hilfeersuchen an Inter- nationale Gesellschaft für Menschen- rechte Frankfurt/M.	§ 99 I	2 Jahre, 6 Monate	U-Haft MfS; Bezeichnung der IGfM als „Feindor- ganisation“
9	29.8.1983 BS 49/83	BezG Leipzig	Nach Ablehnung von Ausreiseanträgen Kontaktaufnahme mit Ständiger Ver- tretung in Ost-Berlin, in West- deutschland lebende Eltern wandten sich an BM für innerdeutsche Beziehungen	§ 100 I	je 20 Monate	U-Haft; Be- rufung der Angeklagten durch Be- schluß des OG vom 16.9.1983 als offen- sichtlich unbegründet verworfen

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
10	4.5.1984 BS 15/84	BezG Leipzig	Unter Mithilfe von Bundesbürgern Versuch, über Ungarn mit gefälschten Reisepässen in den Westen zu gelangen; Festnahme an der Grenzübergangsstelle; Verbindungsaufnahme zu „Menschenhändlerbande“	§§ 100 I, 213 II, III, IV	3 Jahre	U-Haft MfS
11	12.10.1984 17 S 628/84	StBG Berlin- Lichtenberg	Illegales Glücksspiel, keine Arbeitsaufnahme	§ 249 I, II	20 Monate 20.000 M Geld- strafe	U-Haft
12	10.12.1984 S 459/84	KrG Frankfurt	Versuch der Durchfuhr von Betäubungsmittel durch die DDR nach West-Berlin	§ 213 StGB, §§ 7, 10 SuchtmG	4 1/2 Jahre	U-Haft; An- geklagter libanesi- scher

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
13	4.7.1985 BS 3/85	BezG Frankfurt	Als Angehöriger eines Polizeibataillons im Zweiten Weltkrieg Teilnahme an Erschießungen von Geiseln und Partisanen in der UdSSR und in Polen, Teilnahme an Vergeltungsaktionen gegen Dörfer	Art. 6 Militär- GH-Statut (Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen)	lebens- länglich	U-Haft
14	13.5.1986 37 S 103/86	KrG Dresden- Ost (Strafbefehl)	Beschädigung einer roten Fahne	§ 222	1 Monat	
15	21.11.1986 S 105/86	KrG Apolda	Versuch, über Ungarn in den Westen zu gelangen; direkt an der Grenze gefaßt	§ 213 II, III, IV	15 Monate	U-Haft

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
16	28.11.1986 S 226/86	KrG Meißen	Kritik am Obersten Gericht wegen Unterhaltsverfahren. „In einer erheblichen Anzahl von Fällen war es ja den Gerichten beim besten Willen nicht möglich, ihre Schweinereien zu decken, so daß sie korrigiert werden mußten“. Bezeichnung von Richtern als „Betrüger“, „Lügner“ usw.	§§ 220 II, 137, 139 III	6 Monate, Bewäh- rungswi- derruf	U-Haft
17	5.12.1986 S 98/86	KrG Apolda	Versuch, über Ungarn in den Westen zu gelangen; direkt an der Grenze gefaßt	§ 213 II, III, IV	18 Monate	U-Haft
18	6.12.1986 S 314/86	KrG Fürsten- walde (Spree)	Verbrennung einer DDR- und einer roten Fahne durch Jugendliche unter Alkoholeinfluß, Sachbeschädigungen	§§ 215 I, 222	18 Monate Bewährung Schadens- ersatz	
19	6.2.1987 18 S 3/87	StBG Berlin- Weißensee	Plan, DDR zu verlassen; fahren mit Eisenbahn nach Sonneburg, im Kreis Sonneburg sollte Grenzübertritt stattfinden; durch TraPo gestellt	§ 213 I, IV	je 2 Jah- re Bewäh- rung, 500 M Geld- strafe (zwei An- geklagte)	U-Haft; ver- suchter Grenzüber- tritt; StA hatte Frei- heitsstrafe beantragt



Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
20	16.2.1987 36 S 364/86	KrG Leipzig- Süd	Widerstand gegen Sachpfändung	§§ 214 I, 131 I	1 Jahr Bewährung	unpoliti- scher Fall
21	19.2.1987 17 S 2072/ 87	StBG Berlin- Lichtenberg	Runnings-Fall; Besteigen der Ber- liner Mauer: Rittlings sitzend schlug er mit einem Hammer auf sie ein	§ 213 I	3 Jahre Bewährung	U-Haft; Ur- teil gegen John Run- nings; Rich- ter Wetz- stein-Ollen- schläger; relativ um- fangrei- ches Urteil!
22	12.3.1987 37 S 39/87	KrG Erfurt- Mitte	Versuch, über Finnland nach West- deutschland auszureisen; Festnahme auf der Fahrt zum Flughafen nach Berlin	§ 213	a) 2 Ja- hre, 3 Monate b) 1 Jahr, 8 Monate	U-Haft; An- geklagter zu a) Rechtsan- walt; erheb- liche Mengen eingezogen

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
23	20.3.1987 3 BSO 84/ 87	BezG Rostock	Verschiedene tätliche Angriffe	§§ 215 I, 115 I, 129 I	17 Monate	U-Haft; Berufungsent- scheidung
24	30.3.1987 S 23/87	KrG Ribnitz- Damgarten	Bezeichnung des Kreisgerichtsdirektors als „dümmstes Schwein von Ribnitz“, „Heil“ gegenüber VP-Angehörigen	§§ 137, 139 III, 220 III	18 Monate	U-Haft
25	1.4.1987 S 47/87	KrG Rathenow	Beleidigung von Afrikanern („ihr seid ja alle schwarz wie Dachpappe“, „Nigger“), tätlicher Angriff	§§ 215 I, II, 140	10 Monate Schadens- ersatz	U-Haft
26	5.8.1987 S 49/87	KrG Niesky	Protest gegen Polizeikontrolle vor Lokal: „Eure Scheiß-SED, wir wollen eine offene Mauer, wir sind NSDAP, wenn wir an der Macht sind, dann geht was los“, „Ihr Kommunistenschweine“	§§ 220 I, III, 137, 139 III	a) 8 Mo- nate; b) 1 Jahr, 4 Monate Bewährung	a) U-Haft

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
27	6.4.1988 36 S 78/88	KrG Leipzig- Süd	Nach Stellung eines Ausreiseantrages Herstellung von 20 Flugblättern: „Wer sich nicht bewegt, spürt die Fesselung nicht!“, „Wir fordern Ein- haltung der Menschenrechte vom 10.12.1948...“, „Wir fordern Frei- heit für das Volk! Weg mit den Bonzen“, Flugblätter legte Angeklag- ter nach negativer Auskunft der zu- ständigen Behörde über Antrag vor und drohte öffentlichkeitswirksame Aktion an	§ 214 I	18 Monate	U-Haft MfS
28	25.4.1988 S 186/88	KrG Rostock- Stadt	Alkoholisierter Lokalgast wehrt sich gegen Lokalverbot: „Scheiß DDR, Ihr seid alles Kommunistenschweine“, Wi- derstand gegen VP, Äußerung „Heil Hitler“, „Gib deine Mütze, ich mache dich fertig, vom Westen aus“, „Nazi- schweine“. Während der Zuführung äußert er: „Am 1. Mai werden 1.000	§§ 212 I, 137, 139 II, III, 220 I, III	15 Monate	U-Haft

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
			<p>Menschen demonstrieren gegen den Staat. Das werden auch 2.000 Polizisten nicht mehr schaffen. Unsere Bewegung läuft. Ich werde mich an die Zionskirche wenden, dort bekomme ich Hilfe. Ihr wißt doch gar nicht, was hier läuft. Die Waffenlieferung aus der BRD ist schon eingetroffen, die Polzisten werden erschossen. Ich gehe ein halbes Jahr in den Knast und dann komme ich auch nach drüben. Seid ihr blöd, ihr merkt nicht, was hier läuft“.</p>			
29	11.5.1988 39 S 83/88	KrG Dresden- West	<p>Jugendliche brüllen mehrmals Parolen: „Bullen raus“, „Russen raus“, „Juden raus“, „Nigger raus“, Zitate aus Horst-Wessel-Lied, „Heil Hitler“, „Sieg Heil“</p>	§§ 220 I, III, 137, 139 III	a) 3 Mo- nate; b) Bewäh- rungswi- derruf; c) 3 Mon. Jugend-	U-Haft

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
					haft; d) Bewäh- rungswi- derruf;e) 2 Mon. Jugend- haft	
30	12.5.1988	KrG Oranien- burg	Skinhead, rechtsextreme Äußerungen in der Öffentlichkeit „Jude raus“, „Der Führer lebe hoch“ usw., schwere körperliche Mißhandlungen an anderen Jugendlichen	§§ 215 I, II, 115 I	2 Jahre, Schadens- ersatz	U-Haft; Berufung des Verur- teilten vom BezG Pots- dam durch Beschluß vom 14.6.1988 verworfen
31	19.5.1988 37 S 201/ 88 B	KrG Karl-Marx- Stadt-Mitte	Ausreiseantragsteller, Anträge abge- lehnt; daraufhin Kontaktaufnahme zur „Arbeitsgruppe Staatsbürgerschafts- recht der DDR“ in Ost-Berlin, Bitte um Unterstützung beim ZDF-Büro in	§ 214 I, II	je 2 Jahre	U-Haft

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
			Ost-Berlin (abgelehnt), Brief an Bundeskanzler Kohl, Gründung der „Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht – Basisgruppe Rochlitz“, Fertigung von staatskritischen Erklärungen versendet u. a. an Staatsrat, Ministerrat, Volkskammer.			
32	29.6.1988 S 108/88	KrG Königs- Wusterhausen	Skinheadszene, Tötlichkeiten gegen andere Jugendliche, Bezeichnung als „Juden“, Nötigung anderer Jugendlicher	§ 215 I	a) 19 Monate b) 15 Monate c) 17 Monate d) 1 Jahr	U-Haft
33	19.9.1988 S 115/88	KrG Saalfeld	Rassistische und neonazistische Äußerungen: „Juden raus aus Deutschland“, „Jude verrecke“, „elender Judensack“, „Judensau“, „Heil Hitler“; Tötlichkeiten; Sachbeschädigungen; Unterschlagung usw.	§§ 220 III, 115 I, 234 I, 215 I	a)2 Jahre Bewährung b)18 Mo- nate Be- währung jeweils Bericht-	

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
					erstat- tung vor dem Klas- senkol- lektiv	
34	6.10.1988 S 156 b/88	KrG Pirna	Betrunkener erhält keinen Einlaß in Lokal. Äußert „Judencaff“, „Judenstaat“, bezeichnet Zeugen als „Judenschweine“	§§ 220 I, 137, 139 II	18 Monate Bewährg., 1.000 M Geld- strafe	
35	12.10.1988 17 S 25...	StBG Berlin- Lichtenberg	Besetzung der dänischen Botschaft in Ost-Berlin zur Erzwingung der Ausreise	§§ 134 III, 214 I, III	a)3 Jahre Bewährung b)-h) 2 Jahre Be- währung	U-Haft; Richter Wet- zenstein-Ol- lenschläger, RA Vogel, Schnur

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
36	14.10.1988 32 S 491/ 88	KrG Potsdam- Stadt	Schändung eines jüdischen Friedhofs in Potsdam, Sachbeschädigungen mit Skinheads	§ 215 I, II	a) 22 Mo- nate; b) 18 Monate c) 14 Mo- nate; d) Bewährung jeweils Schadens- ersatz	a)-c) U-Haft
37	21.10.1988 35 S 202/ 88	KrG Leipzig- Nordost	Skinheads, rechtsextreme Äußerungen in der Öffentlichkeit: „Sieg Heil“, „Hast Du Hunger, ist Dir kalt, geh zurück nach Buchenwald, dort werden wir ein Süsschen kochen aus Juden- fleisch und Russenknochen“	§ 220 III	a) 18 Monate b) 16 Monate	U-Haft, An- geklagte 17 und 18 Jahre alt
38	10.11.1988 038 S 303/ 88	KrG Karl-Marx- Stadt-Süd	Versuch, über Ungarn in den Westen zu gelangen; direkt an der Grenze gefaßt	§ 213 II, III, Iv	je 2 Jah- re; zahl- reiche Gegen- stände eingezo- gen	U-Haft; in- teressant umfangreiche Liste der eingezogenen Gegenstände (u. a. Kfz!)



Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
39	24.11.1988 17 S 2704/ 88	StBG Berlin- Lichtenberg	Teilnahme an Pkw-Konvois von Aus- reiseantragstellern, u. a. zu Ständiger Vertretung in Ost-Berlin	§ 214 I, III	18 Monate Einzie- hung des Pkw	U-Haft
40	24.11.1988 17 S 2703/ 88	StBG Berlin- Lichtenberg	Teilnahme an Pkw-Konvois von Ausrei- seantragstellern, u. a. zu Ständiger Vertretung in Ost-Berlin	§ 214 I, III	a) 20 Mo- nate; b) 20 Monate c) 14 Mo- nate jeweils Pkw-Ein- ziehg.	U-Haft
41	24.11.1988 17 S 2705/ 88	StBG Berlin- Lichtenberg	Teilnahme an Pkw-Konvoi von Ausrei- seantragstellern	§ 214 I, III	a) 16 Mo- nate; b) 10 Monate Pkw-Ein- ziehung	U-Haft

Nr	Datum Aktenz.	Gericht	Sachverhalt	Straftat- best.	Urteil	Bemerkungen
42	5.12.1988 S 288/88	KrG Greifswald	Alkoholisierte Jugendliche singen Horst-Wessel-Lied; „Es steht ein kleiner Jude im Wald herum, da kam ein deutscher Panzer und fuhr ihn um. Ei wie macht das Fahren Spaß, aus den Ketten grinst das Aas!“ usw.	§ 220 III	a) 8 Monate; b)- e) 18 Monate Bewährung, 500 M Geldstrafe	a) U-Haft
43	24.6.1989 04 S 269/ 89	StBG Berlin-Prenzlauer Berg	Beleidigung eines Nigerianers: „Du Neger, was suchst du hier, du mußt raus“; tätlicher Angriff	§§ 140, 115 I	6 Monate, Schadensersatz	U-Haft

Änderndes Gesetz	Artikel	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung
Gesetz zur Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 1. Dezember 1989 (GBl. I, S. 265)	Art. 1 I	Politische Grundlagen	geändert	Streichung des politischen Führungsanspruchs der SED
Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. Januar 1990 (GBl. I, S. 15)	Art. 12 I	Verbot von Privateigentum an bestimmten Gütern und Einrichtungen	geändert	Auf der Grundlage eines Gesetzes nunmehr Ausnahmen zulässig
	Art. 14 a	Gründung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung	eingefügt	Zulassung von Unternehmen mit ausländischer Beteiligung (Joint-ventures)

Änderndes Gesetz	Artikel	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung
Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Februar 1990 (GBl. I, S. 59)	Art. 3	Nationale Front der Parteien und Massenorganisationen	aufgehoben	Abschaffung der Einheitsliste
	Art. 22 III	Grundsätze der Wahlen	neugefaßt	Abschaffung der Volksaus-sprache der Politik als „sozialistisches Wahlprinzip“; Betonung der Durchführung der Wahlen unter öffentlicher Kontrolle
	Art. 22 IV, V	Grundsätze der Wahlen	eingefügt	Kommunales Ausländerwahlrecht
	Art. 54	Größe und Wahl der Volkskammer	geändert	Nunmehr 400 Abgeordnete, auf vier Jahre gewählt; Wahl auch direkt
Gesetz zur Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Februar 1990 (GBl. I, S. 60)	Art. 23 I	Allgemeine Wehrpflicht	geändert	Wehr- und Zivildienst als gleichwertige Pflichten

Änderndes Gesetz	Artikel	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung
Gesetz zur Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. März 1990 (GBl. I, S. 109)	Art. 44	Die Gewerkschaften und ihre Rechte	neugefaßt	Gewerkschaften nicht mehr „umfassende Klassenorganisation der Arbeiterklasse“; Streikrecht gewährleistet; Aussperrung verboten
	Art. 45 II 1	Die Gewerkschaften und ihre Rechte	neugefaßt	Gewerkschaften nehmen aktiven Anteil an der Gestaltung der Rechtsordnung
Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 5. April 1990 (GBl. I, S. 221)	Präambel	Grundlagen der Verfassung	aufgehoben	Distanzierung von der sozialistischen Gesellschaftsordnung
	Art. 55 I 2	Präsidium der Volkskammer	geändert	Mehrere Stellvertreter des Volkskammerpräsidenten
	Art. 67 II	Staatsrat	gestrichen	Keine Wahl des Staatsrates nach Neuwahl der Volkskammer

Änderndes Gesetz	Artikel	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung
	Art. 75 a	Amtierender Vorsitzender des Staatsrates	eingefügt	Bis zur Neuregelung der Befugnisse eines Präsidenten der Republik nimmt Präsidium der Volkskammer Befugnisse des Staatsrates bzw. Präsident der Volkskammer Befugnisse des Staatsratsvorsitzenden wahr
Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12. April 1990 (GBl. I, S. 229)	Art. 79 IV	Amtseid des Vorsitzenden des Ministerrates und der Minister	neugefaßt	Formulierung eines Amtseides

Änderndes Gesetz	Artikel	Inhalt der Vorschrift	Art der Änderung	Inhalt der Änderung
Gesetz zur Änderung und Ergänzung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik (Verfassungsgrundsätze) vom 17. Juni 1990 (GBl. I, S. 299)	Gesamte Verfassung	Aufstellung von Verfassungsgrundsätzen	eingefügt	Verfassung der DDR wird ergänzt durch Verfassungsgrundsätze (freiheitliche Grundordnung, Eigentum, wirtschaftliche Handlungsfreiheit, Tarifvertragsparteien, unabhängige Rechtsprechung, Schutz der Umwelt, Schutz der Arbeit, Hoheitsrechte). Entgegenstehendes Verfassungsrecht hat keine Gültigkeit mehr
	Art. 106	Änderung der Verfassung	neugefaßt	Verfassungsänderungen müssen Wortlaut der Verfassung nicht mehr ausdrücklich ändern oder ergänzen, Bezeichnung als „Verfassungsgesetz“ genügt (eigentlich ist Verfassungsgrundsatzgesetz Verstoß gegen Art. 106 a.F.)